

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

An die Vorsitzende
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Frau Astrid Platzmann-Scholten

Rathaus, Zi. 49
Willy-Brandt-Platz 2-6
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295 / -1296
Fax: 0234 – 910 1297
eMail: Linksfraktion@bochum.de
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 12.04.2016

Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum

zur 10. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 12.04.2016

Berichte über diskriminierende Vermietungspraxis bei der VBW – Bauen und Wohnen GmbH

Ehrenamtliche, die Geflüchtete bei der Wohnungssuche unterstützen, haben nach einer Anfrage bei der halbstädtischen Wohnungsgesellschaft VBW – Bauen und Wohnen GmbH folgende Antwort erhalten: Die VBW vermietet Wohnungen zur Gründung von Wohngemeinschaften nicht an Geflüchtete, sondern lediglich an Menschen „von hier“.

Dazu fragt die Linksfraktion im Bochumer Rat an:

- 1.) Die Stadt Bochum ist indirekte Mehrheits-Eignerin der VBW. Sind der Stadt Berichte über möglicherweise diskriminierende Wohnungsvergabe-Praktiken der Wohnungsgesellschaft bekannt?
- 2.) Gibt es bei der VBW eine Anweisung an die eigenen Mitarbeiter*innen, an Geflüchtete keine Wohnungen zur WG-Gründung zu vermieten? Wenn nicht, gibt es Anweisungen, welche die Beschäftigten dahingehend interpretieren können, dass es zu solch einer diskriminierenden Praxis kommt?
- 3.) Die Sozialarbeiterinnen des Übergangsmanagements haben bereits auf der 6. Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 10.09.2015 darauf hingewiesen, dass es ihrem Eindruck nach nicht nur bei privaten Vermieter*innen Ressentiments und Vorurteile gibt, die die Wohnungssuche für Geflüchtete behindern, sondern durchaus auch in den Bochumer Wohnungsgesellschaften. Was hat die Stadt Bochum seitdem unternommen, um die Situation bei der halbstädtischen VBW die Situation zu verbessern? Wie reagiert sie auf diese neuen Berichte?

Gültaze Aksevi